

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Ausschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Ausschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 120

Bromberg, Sonnabend den 27. Mai 1933

57. Jahrg.

Ganz Nordchina in den Händen Japans!

Die Landkarte Asiens wird revidiert

Es stellt sich immer wieder heraus, daß man mit der europäischen Mentalität in den Dingen des Fernen Ostens nicht weiterkommt. Die Japaner haben die Besitzergreifung Nordchinas zum vorläufigen Abschluß gebracht. Man hätte erwarten müssen, daß die Tatsache für die Chinesen ein Kampfsymbol wie noch nie sein würde. Das Gegenteil ist eingetreten. Die chinesische Zentralregierung hat das Vorrücken der Japaner auf die alte Kaiserstadt Peking nur abgewartet, um auf der ganzen Linie nachzugeben und die Herrschaft Japans in Nordchina zu besiegeln. Die chinesischen Hauptstreitkräfte, die unter der Führung des Marschalls Tschiangkatschek stehen, sind dem Kampfe ausgewichen und haben sich südlich der Linie Peking-Tientsin zurückgezogen. Die Japaner sind Herren der Lage im Norden des Chinesischen Reiches.

Ein neuer Staat auf ehemals chinesischem Boden ist in der Bildung begriffen. Neben Mandschuro entsteht Kopeko, ein Pufferstaat zwischen der Großen Mauer und Mittelchina. Seine südliche Grenze soll die Wasserscheide zwischen dem Hoangho und Yangtse-Gebiet sein. Es wird nicht lange dauern, und ein dritter Staat, die Großmongolei, wird Wirklichkeit werden. Und dann mag die Reihe an Mittelchina kommen. Die Aufteilung des Reiches der Mitte macht rasche Fortschritte.

Und was sagen die chinesischen Machthaber dazu? Sie sind bereit, einander an Japan zu verraten und sich selbst den Japanern zu verkaufen. Das chinesische Volk, der Zwistigkeit der Generäle müde, bringt keine Widerstandskraft mehr auf. In Südchina, in Kanton, regt sich so etwas wie eine Opposition gegen die Verratspolitik der Nanjing Centralregierung. War es doch auch die kantonische 19. Armee, die im Frühjahr 1932 den Japanern bei Schanghai heldenhaften Widerstand entgegensetzte und den Beweis dafür lieferte, daß auch die Chinesen kämpfen können, wenn sie von ihren Führern nicht verraten werden. Kanton droht mit einer neuen Unabhängigkeitserklärung. Dadurch wird aber die Sache Chinas nicht gerettet. Es ist wirklich nicht zu ersehen, von welcher Seite dem chinesischen Volke noch Hilfe zukommen könnte, nachdem gewisse Weltmächte sich mehr oder minder offen zu dem Invasionskrieg Japans bekannt haben.

Für die Japaner ist die Eroberung Nordchinas nur eine neue Etappe eines außerordentlich umfangreichen Planes, dessen Ziel Japans Herrschaft in ganz Asien bildet. Die europäischen Staaten sind heute zu sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, um die Gefahren voll zu erkennen, die ihnen vom Fernen Osten her drohen. Am verwunderlichsten muß in diesem Zusammenhang die Passivität Englands erscheinen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß Japan eines Tages seine Hand nicht nur nach Hongkong, sondern selbst nach Indien, Australien und Neuseeland ausstrecken wird. Aber selbst auf chinesischem Boden hat England heute mehr als jede andere europäische Macht zu verlieren. Man braucht dabei nur an die Eisenbahnen des Peking-Knotenpunktes, an die Bergwerke Kailans, an die englische Konzession in Tientsin usw. zu denken.

Nachdem wir uns der ungeheuren Reichtümer Chinas bemächtigt haben, werden wir zur Eroberung Indiens, des Archipels, Kleinasiens, Zentralasiens und, wenn wir wollen, sogar Europas übergehen können.

Diese ungeheuerlichen Worte sind in der berühmten Denkschrift des vor einigen Jahren verstorbenen japanischen Staatsmannes Tanaka zu finden, einer Denkschrift, die zum Programm des japanischen Lebens- und Eroberungswillens geworden ist. Es hat wenig Sinn, die weltpolitische Bedeutung der japanischen Aktion in Nordchina zu unterschätzen. Wir sind Zeugen eines Eroberungszuges, der die Unternehmungen eines Alexander des Großen oder eines Dschingis Khan in den Schatten zu stellen dürfte. Die Karte Asiens — nur Asiens? — wird in unseren Tagen von grundaus neu zugeschnitten. Die bisherigen Ereignisse im Fernen Osten sind nur schüchterne Vorläufer einer gewaltigen Aktion, deren Ausmaß für unsere engen europäischen Verhältnisse kaum zu erfassen sind.

Waffenstillstand im Fernen Osten.

Tokio, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der chinesische Gesandte hat der Japanischen Regierung offiziell ein Gesetz um Aufnahme von Waffenstillstands-Verhandlungen überreicht. Japan hat sich zum Abschluß eines Waffenstillstandes jedoch nur unter gewissen Bedingungen bereit erklärt.

Die Chinesen räumen Peking.

Peking, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die chinesischen Truppen haben nach Beschluß eines örtlichen Waffenstillstandes mit den japanischen Angreifern die Räumung Pekings begonnen. Die ehemalige Hauptstadt soll jedoch von Japan nicht besetzt werden.

Peking vor dem Einmarsch der Japaner.

Wie zu diesen Meldungen noch ergänzend aus London gemeldet wird, sollen die japanischen Behörden in den Bedingungen des Waffenstillstandes den chinesischen Truppen den freien Abzug aus Peking zugesichert haben. Die Chinesen sollen auf diesem Frontabschnitt ihre Truppen zurückziehen. In London rechnet man mit der Besetzung Pekings durch die japanischen Truppen im Laufe der nächsten Tage.

Im Europäer-Viertel Pekings werden durch die diplomatischen Vertreter der fremden Mächte Truppen zum Schutze herangezogen, da man nicht glaubt, daß Japan genügend Truppen in Peking zusammenziehen werde, um die zu erwartenden revolutionären Unruhen unterdrücken zu können.

Falsches Korridor-Geflüster.

Aus London wird der „Chicago Tribune“ (Pariser Ausgabe) berichtet, daß Rosenberg der Britischen Regierung einen neuen Entwurf für die Lösung der Frage des Korridors vorgelegt habe.

„Dieser Entwurf Rosenbergs“, so schreibt die Zeitung, „würde im wesentlichen darin bestehen, daß der polnische und litauische Staat in einer politischen Union verschmolzen würden, wodurch Polen durch den Memeler Hafen einen Zugang zum Meere erhielte. Deutschland würde dem auf diese Weise geschaffenen polnisch-litauischen Bund 1951 Quadratkilometer deutsches Gebiet am Niemen überlassen und den im Gebiet von Danzig wohnenden Polen Garantien in bezug auf Meinungsfreiheit, den Unterricht der polnischen Sprache und ihre Beteiligung an zivilen Institutionen geben. Für den Schutz der polnischen Staatszugehörigkeit während der 25 Jahre betragenden Übergangszeit würde in Danzig ein polnischer Kommissar eingesetzt werden. Schließlich würde Deutschland an Polen eine Entschädigungssumme für die Überlassung Danzigs und des Korridors entrichten. Die Höhe dieser Entschädigungssumme würde von einem Schiedsgericht festgesetzt werden.“

Die „Chicago Tribune“ fügt bei: Litauen wäre einverstanden, derartige Vorschläge in Betracht zu

Der evangelische Reichsbischof ist da!

D. Friedrich von Bodelschwingh.

Wie die „Tägl. Rundschau“ in ihrer Himmelfahrts-Ausgabe berichtet, hat das Ringen um die Besetzung des künftigen Reichsbischofsamtes der evangelischen Kirche in den letzten 24 Stunden einen dramatischen Verlauf genommen. Es geht dabei — von Menschlichkeiten, die jeder Kampf mit sich führt, ganz abgesehen — nicht nur um die Person des zu ernennenden Reichsbischofs, sondern in diesem Falle ist die Person entscheidend für den Charakter der Kirche.

Auf der Versammlung der Landes- und Gauleiter der „Deutschen Christen“, die am Dienstagabend in Berlin stattfand, wurde Wehrkreispfarrer Müller als der Vertrauensmann des Reichskanzlers auf Antrag Pfarrer Hoffenselders zum Schirmherrn der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ausgerufen. Die tiefschmerzlichen Auseinandersetzungen, die unter dem Vorsitz des Reichsleiters Pfarrer Hoffenselder stattfanden, führten nicht — wie von interessierter Seite angenommen wurde — zu einer sogenannten Ausdehnung der „radikalen Elemente“ in der Reichsleitung. Man fand sich in voller Einmütigkeit zusammen und beauftragte Pfarrer Hoffenselder, dem Bevollmächtigten der evangelischen Kirchen D. Kapler folgende Bedingungen vorzutragen:

Der künftige Reichsbischof müsse 1. „Deutscher Christ“ sein, er müsse 2. das Vertrauen des Kanzlers besitzen und 3. den Nachweis erbringen, daß er innerhalb der nächsten Wochen die Wehrheit des evangelischen Volkes hinter sich habe (diese Forderung läßt auf einen Propagandafeldzug schließen, wenn nicht gar auf Urwahlen).

Pfarrer Hoffenselder überbrachte Mittwoch vormittag diese drei Bedingungen dem Präsidenten D. Kapler. Ein für den Spätnachmittag des Mittwoch vereinbarter Besuch des Dreimännerkollegiums D. Kapler, D. Marahrens, D. Hesse beim Reichskanzler hat nicht stattgefunden.

In den Mittagsstunden wurde von zuständiger kirchlicher Seite die Nachricht ausgegeben, daß die deutschen evangelischen Kirchen sich über die Person des künftigen Reichsbischofs einig sind. Damit sei die Bischofsfrage entschieden und die Unabhängigkeit der Kirche, die in letzter Zeit vielfach in Frage gestellt worden sei, gewahrt. Die Ernennung des Reichsbischofs wird von Seiten der Kirche erfolgen. Die Wahl trifft einen Diener des reinen Evangeliums, das den Armen gepredigt wird.

Zu Freitag vormittag hat der Vorsitzende der Vereinigten Lutherischen Kirchen D. Metzger eine Bischofs-

ziehen, jedoch unter gewissen Vorbehalten und im besonderen unter der Bedingung, daß Wilna Hauptstadt des neuen polnisch-litauischen Staates würde.“

Zu diesem phantastischen Projekt bemerkt Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ lakonisch:

„Von diesen Mitteilungen ist auch nicht das geringste wahr. Ein derartiger Entwurf ist von mir der Britischen Regierung nicht unterbreitet worden.“

Senator Borah für Revision.

Der bekannte amerikanische Senator Borah hielt am Sonnabend vor der Internationalen Frauenliga in Washington eine große Rede über die internationale Lage, wobei er betonte, daß alle gegenwärtigen Schwierigkeiten, einschließlich der Streitigkeiten über die Abrüstungs- und die Kriegsschuldenfrage und alle zurzeit erörterten schwierigen wirtschaftlichen Fragen, nur Folgen des vernichtenden Versailler Vertrages seien.

Dieser Vertrag sei der eigentliche Furch der Nachkriegszeit, der die Rückkehr zum Frieden und zur Freiheit der Völker verhindere. Die europäischen Nationen unterhielten zurzeit eine Million Soldaten mehr unter Waffen als 1914, und zwar lediglich aus Furcht voreinander. Diese Furcht sei der Angelpunkt aller Streitigkeiten und eine direkte Folge des Versailler Vertrages. Seit 1918 sei kein Vertrag abgeschlossen worden, der nicht direkt oder indirekt von den Friedensverträgen beeinflusst worden wäre. Sie bildeten das wahre Hindernis sowohl für die Abrüstung wie für die Weltwirtschaftskonferenz.

Der Vertrag von Versailles spalte die europäischen Völker und berühre das Leben, die Freiheit und die nationale Existenzmöglichkeit der betreffenden Völker aufs tiefste. Die gegenwärtigen Gegensätze, die Bitterkeit und der Haß drohten unweigerlich zu einem neuen Kriege zu führen. Selbst die Streichung der Kriegsschulden ohne vorherige Abrüstung würde keine wesentliche Erholung bringen können, solange diese Friedensverträge bestehen.

konferenz nach Berlin einberufen. Sie wird die getroffene Wahl vermutlich bestätigen.

Der „Königsb. Allgem. Ztg.“ wird aus Berlin berichtet, daß spätestens am Freitag die „Loccum Rundgebung“ — so genannt nach einem in der vorigen Woche im Kloster Loccum geführten Religionsgespräch führender Theologen — der Öffentlichkeit übergeben wird.

Die „Loccum Rundgebung“, die in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche von dem Dreierausschuß im Verein mit Pfarrer Müller unterschrieben worden ist, enthält in großen Zügen den Verfassungsentwurf für die neue deutsche evangelische Kirche, der an sich kein Paragrafenwerk darstellt, sondern sozusagen die Grundsteinlegung für die neue evangelische Kirche ist. Das weitere wird die Loccum Rundgebung wahrscheinlich ein Bekenntnis enthalten und einen Aufruf an das evangelische Volk Deutschlands. Darin wird die Öffentlichkeit Gelegenheit haben, sich nunmehr eingehend mit den kirchlichen Fragen zu beschäftigen, da damit ein gewisser Abschluß der Vorbereitungsarbeit erzielt ist und die Grundlagen bekannt werden.

Was die Führerfrage anbetrifft, so hatte sich bereits in den letzten Tagen der Kreis derjenigen, die für die Stelle des Reichsbischofs oder, wie die Amtsbezeichnung auch lauten mag, in Frage kommen, inzwischen sehr verengt. Man sprach nach wie vor in erster Linie von Wehrkreispfarrer Müller, ferner von dem bekannten Pastor D. Friedrich von Bodelschwingh, dem Nachfolger seines großen Vaters in der Leitung der Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld, während der ursprünglich dafür auch in Anwartschaft stehende hannoversche Landesbischof Marahrens schon am Sonntag aus dieser Erwägung ausgeschieden war.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie von zuständiger kirchlicher Seite gemeldet wird, ist D. Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof ausersehen, nachdem sich alle in Frage kommenden unabhängigen Instanzen für diese Kandidatur eingesetzt haben.

Der neue Reichsbischof steht im Alter von 55 Jahren.

Bizanzler v. Papen über Volkstumspolitik

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Osnaabrück fand auf der Burg im Leutoburger Walde eine große Grenzlandkundgebung statt, auf der Bizanzler von Papen die Festrede hielt. Der Bizanzler sprach über die politische Zersplitterung Europas in eine Reihe von Staaten, wodurch eine weitere Balkanisierung des Kontinents durch den Friedensvertrag eingetreten sei. Ein Drit-

tel des deutschen Volkes in Europa sei gezwungen, außerhalb der Reichsgrenzen zu wohnen. Wilson habe die im östlichen Europa herrschende Völkermischung nicht im entferntesten gekannt, als er das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamierte. Die mechanische Herrschaft des Mehrheitsvolkes über die Minderheiten belaste die Außenpolitik der Demokratie mit der Sünde der Assimilierung und der Gefahr der Fremden. Der Minderheitenschutz des Völkerbundes und des Haager Schiedsgerichtes habe keinen wirksamen Schutz vor der ständigen Majorisierung der Bürger mit geschmälernten Rechten gebracht. Die Minderheitenrechte seien zu einer leeren Phrase geworden.

Deutschland habe es als seine Pflicht angesehen, diesen Zustand zu ändern. Diese Aufgabe entspringe dem Pflichtbewußtsein des deutschen Volkes gegenüber Europa und der Notwendigkeit, Mitteleuropa neu zu ordnen, ohne die Experimente der Nachkriegszeit zu wiederholen. Der Vizekanzler knüpfte dabei an die vom Reichskanzler Hitler in seiner Reichstagsrede ausgesprochenen volksdeutschen Gedanken an und legte ein starkes Bekenntnis für den Gedanken der Eigenständigkeit der Völker und für eine ausgeprägtere Volkstumspolitik ab. In einem an Hitler abgeordneten Telegramm trat Papen dafür ein, daß neue Wege für die volksdeutsche Politik beschritten werden.

Direktes Beschwerderecht in Genf.

Der deutsche Standpunkt wird vom Völkerbundrat anerkannt.

Im Völkerbundrat wurde am Mittwoch eine für die Minderheitenfrage außerordentlich bedeutungsvolle grundsätzliche Rechtsfrage behandelt. Zu den vom Deutschen Volksbund in Oberschlesien gegen die polnische Regierung eingelegten Beschwerden hatte die polnische Regierung den Rechtseinwand erhoben, daß die Anrufung des Völkerbundes nach dem Artikel 147 des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens den Minderheiten erst dann offen stehen dürfe, wenn der lokale Instanzenzug erschöpft und eine Entscheidung der polnischen Gerichte und Verwaltungsbehörden erfolgt sei. Die Deutsche Regierung hat darauf in einer Denkschrift an den Rat den gegenteiligen Standpunkt vertreten und betont, daß der deutschen Minderheit jederzeit der Weg offen stehe, noch vor der Entscheidung der lokalen Behörden den Rat anzurufen.

Zur Entscheidung dieser grundsätzlichen Rechtsfrage hatte der Völkerbundrat einen Juristenausschuß eingesetzt, der jetzt ein eingehendes Sachverständigen Gutachten vorlegt, das sich vollständig auf den Boden der deutschen These stellt. Die drei Juristen erklären, daß das deutsch-polnische Minderheitenabkommen nichts enthalte, was als eine Einschränkung des Vorgehens des Völkerbundes auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes aufgefaßt werden könne. Insbesondere beständen keine einschränkenden Bestimmungen, wonach zunächst die Entscheidung der lokalen Instanzen abgewartet werden müsse.

Das Gutachten des Dreierausschusses wurde vom Völkerbundrat angenommen. Jedoch gaben die Vertreter Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei Erklärungen ab, daß sie dem Gutachten nicht zustimmen könnten, da die darin vertretene Rechtsauffassung ihnen nicht als tragbar erscheine. Die drei Mächte enthielten sich der Stimme.

Verhinderte Judentendebatte in Genf.

Die 72. ordentliche Tagung des Völkerbundes wurde am Montag unter dem Vorsitz des Vertreters von Mexiko eröffnet. In geheimer Sitzung behandelte der Völkerbundrat eine vom Generalsekretär zur dringlichen Behandlung gesetzte Beschwerde eines jüdischen Angehörigen in Deutsch-Oberschlesien, Franz Bernheim, in der unter Hinweis auf das deutsch-polnische Minderheitenabkommen von 1922 ein Einschreiten des Völkerbundes zur Wiedergutmachung des angeblich dem Judentum in Deutsch-Oberschlesien zugefügten Schadens verlangt wird. Durch die Beschwerde sollte zweifellos entsprechend dem Wunsch verschiedener Regierungen im Völkerbundrat eine große Aussprache über die gesamte Judenfrage und die Stellung des neuen Deutschland zum Judentum herbeigeführt werden.

Auf deutscher Seite ist jedoch sogleich darauf hingewiesen worden, daß die Frage der aktiven Beteiligung des Beschwerdeführers geprüft werden müsse, da der Angestellte Bernheim in Salzburg geboren sei, die württembergische Staatsangehörigkeit besitze und gegenwärtig in Prag lebe. Nach deutscher Auffassung sei es außerordentlich fraglich, ob eine derartige Persönlichkeit berechtigt sei, den besonderen im deutsch-polnischen Minderheitenabkommen festgelegten Minderheitenschutz für sich in Anspruch zu nehmen.

Auf die deutschen Vorstellungen hin beschloß der Völkerbundrat, die Frage bis zur Mittwochssitzung zurückzustellen, auf der entschieden werden soll, ob die Beschwerde nach dem deutsch-polnischen Minderheitenverfahren direkt vom Völkerbundrat zu behandeln ist, oder auf den üblichen Weg der Dreierausschüsse verwiesen werden soll. Die beiden übrigen beim Völkerbundrat eingegangenen jüdischen Beschwerden gegen Deutschland werden nicht vor den Völkerbundrat gelangen, sondern in dem üblichen Verfahren für alle Minderheitenbeschwerden behandelt werden.

Polen droht mit dem Austritt aus dem Völkerbunde.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Gleichzeitig mit der in der Presse aller polnischen Lager eingeleiteten Kampagne gegen den in neuer Gestalt „aufstandenen“ Vierer-Pakt hat die Regierung Polens einen wichtigen diplomatischen Schritt zwecks Torpedierung des gescheiterten Paktes unternommen. Von diesem Schritt erfährt die polnische Öffentlichkeit erst auf dem Umwege über London.

Der „Evening Standard“ bringt eine Meldung aus Genf, laut welcher Min. Raczynski dem französischen Außenminister Paul-Boncour eine schriftliche Erklärung überreicht habe,

deren Veröffentlichung zur gehörigen Zeit Polen sich vorbehalten. In dieser Erklärung soll Polen gegen die eventuelle Unterzeichnung des Vier-Mächte-Paktes Protest erhoben und erklärt haben, daß es im Falle der Unterzeichnung des Paktes das Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz und den Austritt aus dem Völkerbunde in Erwägung ziehen werde.

Die gleichen schriftlichen Androhungen sollen — der englischen Presse zufolge — ebenso von den Staaten der Kleinen Entente vorliegen.

Deutsch-polnisches Valorisierungs-Abkommen.

Am Dienstag wurde in Berlin das sogenannte deutsch-polnische Valorisierungs-Abkommen unterzeichnet. Die einschlägigen Verhandlungen wurden seit zwei Wochen geführt. Im Auftrage der polnischen Regierung nahmen an den Verhandlungen der Leiter des Staatsschuldenamtes in Warschau, Dr. Jakubowski und der Abteilungsleiter Pisko zu teil. Auf deutscher Seite führten die Besprechungen Reichsbankdirektor Schulz, Ministerialrat Dr. Reinhardt, Ministerialrat Dr. Kramer, sowie die Reichsbankräte Steinau und Krüger. Im Anschluß an die Unterzeichnung des Vertrages folgte ein Frühstück in der polnischen Gesandtschaft in Berlin, an welchem die Mitglieder beider Delegationen teilnahmen.

Wie Grenelfilme entstehen ... oder: wie die Polen in Danzig geschlagen werden ...

Das Conti-Bureau meldet: In Zoppot spielte sich Mittwoch nachmittag ein außerordentlich merkwürdiger Vorfall ab. Ein polnischer Filmopérateur fuhr mit mehreren Personen in SA- und SS-Uniformen in einer Autotaxe vor dem einem Polen gehörenden Lokal „Victoria-Garten“ in der Eifenhardtstraße vor. An diesem Lokal, das ausschließlich von Polen und Kommunisten besucht wird, sind zurzeit polnische Wahlplakate angebracht. Als die Taxe vor dem Lokal angelangt war, sprangen die Uniformierten heraus und schlugen auf die vor den Plakaten stehenden Polen ein. Der Filmopérateur kurbelte die Szene, worauf die angeblichen SA- und SS-Leute mit den Verprügelten in das Lokal hineingingen.

Es steht außer allem Zweifel, daß es sich bei diesem Vorfall um eine zu allzu durchsichtigen Zwecken inszenierte Provokation handelt. Die Polizei ist um die Aufklärung der Angelegenheit bemüht. Die Ergebnisse der Untersuchung sind jedoch noch nicht bekannt.

Wie von der Kriminalpolizei mitgeteilt wird, ist der Vorfall vor dem „Victoria-Garten“ in Zoppot von zwei Warschauer Filmopérateuren namens Marjan Fuchs und Antonin Wawrzyniak in Szene gesetzt worden, um, wie sie bei ihrer Vernehmung durch die Polizei ausfügten, „für ihren Film einen komischen (!) Abschluß zu finden“. — Der unentwickelte Film ist von der Polizei zum Glück beschlagnahmt worden.

Wäre dieses verlogene Instrument der Grenelfilmpropaganda in Polen eingeführt worden, dann hätte die deutsche Minderheit in Polen vermutlich den Statisten für einen neuen „komischen Abschluß (!)“ hergeben müssen (vergleiche: Oberschlesien, Lodz, Graudenz, Boykotttrummel und schließlich auch die eingeschlagenen Fensterscheiben der „Deutschen Rundschau“).

Die mysteriösen Schüsse auf polnische Züge.

Die „Gazeta Odrańska“ und die polnische Telegraphenagentur verbreiten die Meldung, daß am Freitag Abend und am Sonnabend früh polnische Züge, die durch das Danziger Gebiet führen, beschossen worden seien. Die „Gazeta Odrańska“ fügt dabei hinzu, daß in fünf Tagen dreimal auf polnische Züge geschossen worden sei. Das Blatt vergibt allerdings zu erwähnen, daß die polizeiliche Untersuchung bei den ersten Malen nicht die geringsten Anhaltspunkte für diese Behauptungen gefunden hat. Die Beschädigung des einen Fensterrahmens rührte offensichtlich nicht von einem Schuß her. In Danzig wird angenommen, daß es sich auch diesmal bei näherer Untersuchung herausstellen wird, daß die angeblichen Schüsse nur in der Phantasie gewisser Leute losgegangen sind.

Aus Gegnern werden Freunde! Ein Aufsatz Mussolinis.

Aus Anlaß der Wiederkehr des Jahrestags des Kriegseintritts Italiens hat Mussolini einen langen Aufsatz über die militärischen Leistungen der Italiener geschrieben, der natürlich allein an die Adresse der früheren Verbündeten gerichtet ist. Am Schluß macht Mussolini folgende wichtigen politischen Erklärungen:

„Die Erinnerung an den italienischen Krieg und den Heroismus der Italiener gehört der Geschichte und der Ehre des italienischen Volkes an. Seit langer Zeit betrachtete dieses die Völker, gegen die es damals kämpfte, nicht mehr als Feinde und nicht einmal als Erz-Feinde. Das italienische Volk betrachtet sie als Freunde und führt gemeinsam mit ihnen eine Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit. Die Erinnerung an die Taten der Italiener ist gegen die gerichtet, die das freiwillig von Italien übernommene Opfer zu vergessen oder zu verkleinern suchen, nachdem sie von Italien gerettet oder wenigstens mächtig unterstützt worden waren. Diese Veröffentlichung soll auch nicht kriegerische Aufreizung hervorrufen. Die Schwarzgehenden wissen nach meinen Reden in den Pontinischen Sümpfen, welches der Krieg ist, den die faschistische Revision hervorruft.“

Die trante Konferenz.

Genf, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Hauptanschuß der Abrüstungskonferenz ist es am Samstagabend zu einer Aussprache über die Flottenfrage gekommen, wobei der englische Plan heftig kritisiert wurde und die großen Gegensätze zwischen den Hauptmächten außerordentlich groß in Erscheinung traten.

Frankreich ist bestrebt, die Flottenfrage als politisches Druckmittel zu benutzen, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Genf, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz wird stark bezweifelt, ob die Durchführung des ursprünglichen Planes, die Abrüstungskonferenz noch vor der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zum Abschluß zu bringen, gelingen werde. Gerüchteleise verlautet, daß man die Konferenz nach der Annahme einer platonischen Entschließung auf unbestimmte Zeit vertagen will.

Hitlers Besuch bei der Reichsmarine.

In den ersten Tagen der Woche besuchte Adolf Hitler die Reichsmarine in Kiel. Beim Eintreffen des Reichskanzlers und der übrigen Gäste auf dem Flottenflaggschiff „Schleswig-Holstein“ fekte der Kreuzer „Leipzig“ die Flagge der Reichsbehörden und salutierte sie mit 19 Schuß. An der Flottenübung, zu der um 14 Uhr angelangt wurde, nahmen teil: das Flottenflaggschiff „Schleswig-Holstein“, die Linienschiffe „Sleichen“ und „Deisen“, die Kreuzer „Königsberg“ und „Leipzig“, die 1. und 2. Torpedobootsflotille sowie die 1. Minensuch-Halbflotille. Die Übungen, die in der Kieler Bucht stattfanden, umfaßten ein Scharfschießen auf das Fernleitschiff „Zähringen“ mit 28- und 15-Zentimeter-Geschützen, sowie ein Tag- und Nacht-Torpedoboots-Abwehreschießen. Dem Tag-Weitschießen der Torpedoboots nahmen der Reichskanzler und die Reichsminister, sowie die übrigen Gäste an Bord der Torpedoboots teil. Später schifften sich die Gäste auf den Linienschiffen und Kreuzern ein und verfolgten von dort aus die weiteren Manöver.

Der erste Tag des Besuchs des Reichskanzlers bei der deutschen Flotte schloß mit einem manövernäßigen Nachtgefecht zweier Verbände. Die Schiffe gingen dann in der Kieler Bucht vor Anker. Dienstag früh wurden die Vorführungen mit einem Fliegerabwehreschießen des Kreuzers „Leipzig“, auf dem sich wieder sämtliche Gäste versammelt hatten, fortgesetzt. Große Scheiben, die von Flugzeugen der Holtenauer Seeflugstation geschleppt wurden, bildeten das Ziel. Anschließend gingen der Reichskanzler und seine Begleiter an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“, das an den Übungen Vortags nicht teilgenommen hatte und erst Dienstag früh zum Verband gestoßen war. Die Gäste hörten hier kurze Vorträge des leitenden Ingenieurs und des Artillerieoffiziers der „Deutschland“. Nach einer Besichtigung des Schiffes während der Fahrt kehrte der Kanzler auf die „Leipzig“ zurück.

Am Dienstagmittag fand auf der Kieler Außenförde in Höhe des Feuerschiffes „Kiel“ die vorgesehene Flottenparade statt, die der Reichskanzler von Bord des Kreuzers „Leipzig“ aus abnahm. Sodann gingen die Schiffe in Kiellinie und liefen in den Kieler Binnenhafen ein. Sie wurden von den Wassersportlern mit ihren Booten und Segelfahrzeugen feierlich eingeholt. An den Ufern der Förde standen Zehntausende von Menschen, welche die Rückkehr der Flotte und die Guldigungsfahrt der Wasserportverbände beobachteten. Um 11.40 Uhr kam das Panzerschiff „Deutschland“ in Sicht und machte gegen 12 Uhr, von den Menschenmassen begeistert begrüßt, an der Boje gegenüber der Marinekaserne fest. Bald darauf folgten alle anderen Kriegsschiffe, denen ebenfalls von der Kieler Bevölkerung ein begeisterter Empfang bereitet wurde.

Kurz nach 15 Uhr starteten der Reichskanzler und seine Begleiter zum Rückflug nach Berlin.

Anlässlich des Flottenbesuches in Kiel hielt Reichskanzler Hitler auf dem Hof der Witer Kaserne eine Ansprache an die dort versammelten Marine-Truppen. Er sprach zu Beginn von der neuen Erhebung, die jetzt den Frieden in Deutschland proklamiert habe. Es sei eine neue Gemeinschaft entstanden, die alle umfassen werde, die guten Willens seien. „In dieser Gemeinschaft“, so erklärte der Kanzler, „liegt keine Drohung gegen die übrige Welt. Wir wollen den Frieden vielleicht mehr als alle anderen, denn wir brauchen ihn, um Brot für unsere Millionen arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen. So groß unsere Sehnsucht nach diesem Frieden ist, so groß ist aber auch unsere Entschlossenheit, dem deutschen Volke das gleiche Recht und seine Freiheit wiederzugewinnen. In diesem Entschluß begrüßen wir unser deutsches Volk mit dem Gelöbniß, diesen Kampf als Vermächtnis unserer Generation solange zu führen, bis wieder ein Deutschland der Ehre und der Freiheit ersteht. Soldaten der Reichsmarine! Sie selbst haben große Traditionen zu wahren. Nur wenige Jahrzehnte haben dem alten Deutschland zur Ausbildung seiner Wehr zur Verfügung gestanden. Diese Jahrzehnte sind von ihm benutzt worden, um das ganze deutsche Volk mit Stolz auf seine Blausacken sehen zu lassen. Dann kam die Zeit der Demütigung. Und nun hat Deutschland sich wiedergefunden, um der deutschen Arbeit den Weg zur Freiheit zu bahnen. In diesem Sinne begrüße ich unsere Flotte. Wenn diese Flotte auch klein ist, so sieht doch ganz Deutschland mit Freude auf sie; denn sie ist der sichtbarste Repräsentant des deutschen Ehrbegriffes und der deutschen Geltung draußen in der Welt.“ Der Kanzler schloß mit einem Appell an die Soldaten, alles einzusetzen für das deutsche Vaterland.

Kleine Rundschau.

Dr. Eddner und die Akron-Katastrophe.

New York, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Dr. Eddner ist als Sachverständiger von der Amerikanischen Regierung nach Washington eingeladen worden, um seine Ansicht über die Ursache der Akron-Katastrophe zu äußern.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in England.

London, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Wimbleson hat sich eine schwere Eisenbahnkatastrophe ereignet. Bisher wurden 6 Tote und 40 Verletzte geborgen.

Drei Tote bei einem Flugzeugunfall.

Berlin, 26. Mai. (PNA) Ein schwerer Unfall ereignete sich bei einer großen Automobil-Veranstaltung in Wiesbaden, an der auch etliche Flugzeuge teilnahmen. Ein dieser Flugzeuge stürzte ab, wobei der Flugzeugführer und der Mechaniker den Tod auf der Stelle erlitten. Ein Beamter, der von dem Flugzeug getroffen wurde, wurde gleichfalls getötet. Die Katastrophe ereignete sich nur 20 Meter vor der Tribüne.

Pommerellen.

26. Mai.

Chauvinistische Ausschreitungen.

An einem der letzten Markttage in Briesen unterhielten sich in einem Ausspannungslokal die Besitzer Röh... and Neumann aus Senzkan mit ihrem polnischen Nachbarn Gurczynski...

Der Häufelführer dieser Ausschreitungen verstieg sich sogar soweit, daß er am nächsten Sonntag mit einigen Genossen nach Senzkan kam...

Der Vorfall ist sicherlich die Folge der unverantwortlichen Heße, die von einem Teil der polnischen Presse gegen alles getrieben wird...

Graudenz (Grudzjadz).

Morgenzert der „Viedertafel“.

Ihrer alten, treubewahrten Tradition gemäß gab auch diesmal unsere „Viedertafel“ am Himmelfahrtstage im „Tivol“ ein Morgenzert.

Mit dem andächtig stimmenden, den Schöpfer aller Kreatur preisenden Choral „Lobe den Herren“ leitete der Chor das erfreulicherweise fast ausschließlich den Volkston berücksichtigende Programm ein.

In weiteren hörten wir „In einem kühlen Grunde“, „Am Brunnen vor dem Tore“, „Sah ein Knab' ein Röslein stehn“...

Drei Männerchöre schlossen die Veranstaltung. Sängerschar und Dirigent Karl-Julius Meißner (im Frauenchor „Verschwunden ist die finstre Nacht“ hatte Gustav Mielke die Stabführung)...

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Sonnabend, 27. Mai d. J., 19 Uhr, statt. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Festlegung der Emeritur für die neue Kadenzzeit...

Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Graudenz des Verbandes der deutschen Katholiken am Dienstagabend im „Goldenen Löwen“ leitete der Cäcilienverein mit dem stimmungsvollen Vortrage zweier Lieder („Ave Maria“ und „Frühlingsahnung“ von Mendelssohn) ein.

ner die organisierte Caritas, diese gründlichste und segensbringendste Art der Nächstenliebe, sowie die mannigfachen gütigen seelischen und ethischen Wirkungen, die das rechte, herzliche Wohlsein auf das Herz und Wesen des Menschen ausübt.

Eine Ausfahrt nach Bistupisz, Kreis Thorn, unternahm am letzten Sonntag früh 5 Uhr die neugegründete Radfahrtruppe im Katholischen Gesellenverein.

Ein ganz eigenartiger Raubüberfall bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht. Angeklagt waren Leon Holc und dessen Ehefrau Jadwiga aus Gr. Komorzest (W. Komorzest), Kreis Schwib.

Thorn.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pfarrer Anorr für die trostreichen Worte unseren tiefgefühltesten Dank.

- Hebamme Gold u. Silber. Kaufe 3743 Hoffmann, Goldschm.-Meister, Piekary 12. Kirchl. Nachrichten. Sonntag, d. 28. Mai 1933 (Gaudi) * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Gesangbücher (alle Ausgaben) Justus Wallis Papierhandlung Szeroka 34.

Gesunde Zähne - reiner Atem... zwei wichtige Liebreize

Die gewissenhafte Pflege der Zähne wird oft viel zu sehr vernachlässigt. Jeder sollte wissen, dass nur gesunde Zähne wirklich schön sein können.



Zähne in vorbildlicher Weise, denn ihr feinbläser Schaum dringt in die kleinen Spalten zwischen den Zähnen und befreit sie von allen Unreinheiten.



COLGATE'S RIBBON DENTAL CREAM ZAHNPASTA Sprich: Kolget. Graudenz. Kirchl. Nachrichten. (Sonntag, d. 28. Mai 1933 Gaudi) * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Die Auserkennung des Vier-Mächte-Pakts. Frankreichs Bedingungen zum Vierer-Pakt

Wie das Pariser „Journal“ meldet, habe der neue Text des Paktenwurfs „sowohl die Präambel, wie auch eine gewisse Anzahl von Artikeln“ wortwörtlich aus dem französischen Memorandum übernommen. Aber das genügt Frankreich noch nicht. Frankreich hat, wie der „Petit Parisien“ erklärt, noch schwere Bedenken zu erheben, „hinsichtlich des Artikels über die Abrüstung, hinsichtlich der Berufung auf die Erklärung vom 11. Dezember über die militärische Gleichberechtigung und die Sicherheit, sowie endlich hinsichtlich des Artikels 2 über eine evtl. Revision der Verträge“. Die französische Delegation der Verträge, erklärt der „Petit Parisien“ in seiner offensichtlich offiziellen Mitteilung weiter: „Die vier Mächte haben die Revision der Verträge nicht ins Auge zu fassen. Was im Maximum zugelassen werden kann, ist: wenn einst wirklich die Artikel 10, 16 und 19 des Völkerbündnisses über die Revision der Verträge in Anwendung kommen sollten, dann könnten die vier Mächte sich verständigen über die Methoden und die Prozedur, die eingeschlagen werden soll. Aber nichts mehr.“

Was diese geheimnisvolle diplomatische Formel besagen will, erklären „Matin“ und „Journal“ in ihren Kommentaren übereinstimmend dahin: „Frankreich ist bereit, zuzugeben, daß der Artikel des Völkerbündnisses, der bestimmt, daß jeder Revisionsantrag einstimmig angenommen werden muß, einschließlich der Stimme derjenigen Macht, gegen die der Antrag gerichtet ist, geändert und geschweidiger gemacht werden kann. Wenn nämlich wirklich die Einstimmigkeit auch die Stimme des interessierten Landes einschließen soll, dann würde das praktisch jede Prozedur unmöglich machen. Die Einstimmigkeit der vier Mächte ist die einzige Möglichkeit. Die Einstimmigkeit der vier Mächte ist die einzige Möglichkeit. Die Einstimmigkeit der vier Mächte ist die einzige Möglichkeit.“

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt zu dieser Meldung: „Frankreich würde sich also, wie einst Herriot unter seiner Ministerpräsidentenschaft angekündigt hat, damit einverstanden erklären, daß die Revision der Verträge nicht mehr einstimmig erfolgen muß, sondern nur noch mit Mehrheit.“ (Aber mit einer sehr qualifizierten Mehrheit! D. R.) Aber dieses Zugeständnis soll an neue Sicherheitsforderungen geknüpft werden. „Matin“ und „Journal“ teilen weiter mit, daß Frankreich den Vierer-pakt zu einer Art Sicherheits- und Garantievertrag umgestalten will, wobei vor allem England seine nach der Stellungänderung Amerikas möglich gewordene unbedingte Waffenhilfe gegen jeden Angreifer versprechen müßte. Den größten Wert legt man dabei in Paris darauf, daß diese Waffenhilfe sofort und automatisch erfolgen müßte.

Weitere polnische Pressestimmen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Wenn der Völkerbund instande gewesen wäre, die schwierigsten Probleme der Weltpolitik zu lösen, welche sich aus der Gestaltung der Verhältnisse nach dem Weltkriege ergeben haben, dann hätte er seit seinem Bestande wenigstens einige von ihnen tatkräftig in Angriff genommen. Kein Völkerbundswärmer wird bestreiten können, daß das Genfer Institut wohl seine bedingte Nützlichkeit bewiesen hat, doch kläglich versagte und — ehrlich gestanden — versagen mußte, wenn ihm zugemutet wurde, Konflikte von weltgeschichtlicher Tragweite aus der Welt zu schaffen. Die Völkerbundversammlung in Genf vermehrte lediglich die Zahl der Gebiete, auf denen die Völker ihre diplomatischen Kämpfe ausfochten. Parallel mit der Politik der verwickeltesten Verfahren in Genf ging die Politik der Interessenbündnisse, der Akkorde, Ententen und Übereinkommen der Völkerbundmitglieder flott weiter, und diese alten Formen der Beeinflussung des Schicksals im Völkerleben überwuchern und beeinflussen in entscheidender Weise alle Funktionen des Völkerbundes-Apparates.

Seit dem Bestande des Völkerbundes arbeitet man auf dem Terrain des Staatenparlamentarismus mit Solidaritäten von Staatengruppen, mit Blöcken, die von außerhalb stammen und eigentlich dem Wesen des Völkerbundes zuwiderlaufen. Frankreich hatte z. B. große Vorbeile davon, daß es mit einem Gefolge von Verbündeten in Genf auftrat. Die Festigkeit oder Dehnbarkeit der Völkerbundverträge unterliegt verschiedenen Schwankungen, je nachdem, wie sich im betreffenden Moment das Kräfteverhältnis und die gegenseitige Abhängigkeit der die Hegemonie im Völkerbund ausübenden Mächte darstellen. Der Mussolinische Entwurf eines Vier-Mächte-Paktes ist auf der Erfahrungstatsache aufgebaut, daß für die Prozeduren des Völkerbundes letzten Endes nur die realen Abmachungen der stärksten Völkerbundmitglieder entscheidend sind. Die Unfruchtbarkeit des Völkerbundes kann also Heilung nur von einer Stabilisierung der Haltung derjenigen europäischen Mächte erwarten, welche die Hauptpfeiler aller in Europa denkbaren Bündnisysteme darstellen, und deren Gegeneinanderspielen in Genf die Lösung der dringendsten Probleme Europas auf dem Boden des Völkerbundes bisher unmöglich gemacht hat.

Es ist durchaus natürlich, daß der größte Widerstand gegen den von Rom angeregten Vier-Mächte-Pakt von Frankreich ausgehen mußte, das mit besonderen bündnisrechtlichen Bindungen gegenüber seinen Freunden belastet ist. An der Überwindung dieses Widerstandes hat Rom im Stillen mit aller Energie gearbeitet, und das Resultat dieser mühenreichen Arbeit Mussolinis, des Schöpfers der Vier-Mächte-Pakte-Idee, ist, daß dieser Pakt in veränderter, doch den Wesenskern vermittlungslos bewahrender Gestalt der Verwirklichung entgegengeht.

In Polen hielt die öffentliche Meinung den Vier-Mächte-Pakt für begraben, und das dürfte auch die Meinung der regierenden Kreise gewesen sein. Die außenpolitischen Wetterpropheten der führenden Publizisten richteten sich bereits auf die Feststellung der Isolierung Deutschlands als einer sicheren Tatsache, von der aus jeder Ton und Inhalt der Reichskanzler-Rede gewertet wurden. Das Erwachen aus diesen Autosuggestionen, die aus einer allzu oberflächlichen Betrachtung der europäischen Entwicklungstendenzen erwachsen, ist zu spät eingetreten, als daß es ohne starke Gefühlsänderungen abginge. Der Ton der Pressestimmen zur „Auserkennung“ des Vier-Mächte-Paktes weiß alle Schattierungen der Gereiztheit auf.

Das Überwuchern der Gefühlsänderungen bewirkt es, daß in den bisherigen Darlegungen der Publizistik, welche die Frontstellung gegen den Vier-Mächte-Pakt beziehen, die sachlichen Argumente wenig zur Geltung kommen, warum

eigentlich das Zustandekommen des Paktes als unheilvoll zu werten sei. In der letzten Ausgabe der „Deutschen Rundschau“ wurde bereits eine Reihe von polnischen Pressestimmen zum Pakt Mussolinis zitiert. Heute sollen noch zwei interessante Kommentare folgen:

Die industrielle „Gazeta Polska“ hält den Pakt auch dann für böse, wenn er inhaltslos wäre, wenn er nicht Bestimmungen enthielte, welche andere, als die vier Mächte, angingen. Auch dann würde er in den internationalen Verhältnissen „Verwirrung“ stiften. Aber noch schlimmer wäre die von ihm angerichtete Verwirrung, wenn er irgend eine „Auslegung“ zuließe. Und hier angelangt und ohne die befürchtete „schlimme“ Auslegung zu bezeichnen, gerät das Blatt in einen „Furor“, in dessen Auswirkung es mehr sagt, als es gesagt haben würde, wenn es seine Selbstbeherrschung bewahrt hätte, ja sogar manches behauptet, was zu der Weltanschauung, welche das Blatt vertritt, eigentlich gar nicht paßt.

„Die Anhänger des Paktes“ — schreibt u. a. die „Gazeta Polska“ — unterliegen einer weitgehenden und verderblichen Illusion, wenn sie glauben, daß es ihnen leicht fallen werde, den Willen einer neuen, durch keine Verträge vorgesehenen, also niemanden verpflichtenden Instanz — den Völkern Europas aufzuzwingen. Möglich, daß sich solche finden werden, die gehorchen werden. Aber sicher sind es auch Staaten, welche die keine Direktoriatsbeschlüsse in Sachen, die ihre Nationen betreffen, anerkennen werden. Zu diesen Staaten gehört Polen.“

Der Vierer-Pakt könne also nur Verwirrung und Unruhe stiften — wiederholt das Blatt und fährt fort: „Trotz der gewundensten Formulierungen wird der Vierer-Pakt, den Pakt (aller!) Völker sprengen und den Völkerbund schwächen. Trotz der subtilsten Kommentare — muß die Blockierung der großen kapitalistischen Mächte in der Sowjetunion den Eindruck erwecken, daß... die Besnehe Rosenbergs nicht spurlos vorübergegangen sind. Wie immer man es den anderen Staaten plausibel machen wollte, daß das „Direktorium“ nicht die Absicht habe, seine inneren Streitigkeiten auf fremde Kosten zu schließen — so läßt sich dies nicht verständlich machen. Somit werden der Wirrwarr und die Unruhe nicht zu vermeiden sein. Es wird nur eine Formalisierung des Chaos geben, das die Schöpfer der „neuen“ Ordnung in Europa hervorgerufen werden. Daher bekämpft Polen den Pakt und wird ihn entschlossen vor und nach der Unterzeichnung bekämpfen.“

Das rechtsnationale „ABG“-Blatt drückt sich noch deutlicher aus, bezeichnet ohne Umschweife — nach Paris gewandt — die springenden Punkte, oder richtiger die Punkte, an denen der Pakt die polnische Politik schmerzhaft berührt und macht folgende interessante Feststellungen:

„Die unmittelbare Folge dieses Paktes wäre vor allem die endgültige Liquidierung der Grundlage, auf welche sich im Laufe der letzten 15 Jahre das politische

„Deutschland wieder in Gnaden aufgenommen.“

Unter dieser Überschrift schreibt der nationaldemokratische „Kurjer Późnanski“ in seinem Leitartikel vom 24. Mai u. a.:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verhandlungen in Sachen des Vier-Mächte-Paktes, wenn sie nicht bereits abgeschlossen sind, zum mindesten in die Endphase eingetreten sind. Es scheint auch, daß die Abrüstungskonferenz dem Ende ihrer Arbeiten entgegengeht durch Annahme von Beschlüssen, die dem englischen Abrüstungsprojekt sehr ähnlich sind. Der Text des Vierer-Paktes ist noch nicht bekannt. Die französische Presse versichert, daß alle Stacheln darin, die sich gegen Polen und die kleine Entente richteten, aus ihm entfernt würden. Auch die Umschreibung der Revision der Verträge ist noch nicht endgültig festgelegt. Eines der Ziele der Verständigung soll nicht so sehr die Stellungnahme zum Art. 19 des Völkerbündnisses betr. die Revision der Verträge sein, als vielmehr die Untersuchung des Verfahrens, das mit diesem Artikel im Zusammenhang steht.“

„Diese beruhigenden Meldungen ändern nichts an dem Wesen der Dinge und auch nichts an unserer grundsätzlichen Einstellung zu dem Pakt. Mit den Interessen Polens ist die Schaffung eines europäischen Direktoriums, das sich — unter Umgehung der anderen Staaten — aus vier Mächten zusammensetzt, nicht vereinbar. Wir können uns auch nicht mit dem neuen Versuch einverstanden erklären, die europäischen Staaten in große und kleine, in Mächte und Staaten mit beschränkten Interessen einzuteilen. (Aber daß die europäischen Staaten nach dem Rezept von Versailles in Sieger und Besiegte eingeteilt werden und zwar für alle Ewigkeit, das ist nach dem „Kurjer Późnanski“ ganz selbstverständlich — D. R.) Polen hat immer gegen solche Zusammenschlüsse gekämpft(?), wobei es sich mit dem Geist des Völkerbündnisses im Einvernehmen befand, der bekanntlich zwischen den Völkern Europas keine Unterscheidung macht. Allerdings hat auch der Völkerbund die Staaten eingeteilt in solche, die einen ständigen Sitz im Völkerbunde haben und in solche, die in den Rat gewählt werden müssen. Aber der Grundsatz der Gleichheit wurde in Genf stets respektiert. (Auch gegenüber den Deutschen? D. R.) Man versuchte diesen Grundsatz mehrfach zu durchbrechen. Polen kämpfte z. B. um seine Beteiligung bei den Verhandlungen in Locarno und bemühte sich um einen ständigen Sitz im Völkerbunde. Beide Forderungen wurden zwar in unzureichender Weise berücksichtigt; aber man lehnte sie nicht vollständig ab. Heute sind wir in das europäische Direktorium überhaupt nicht aufgenommen. Man kann schwerlich sagen, daß das ein Erfolg unseres Machtstandpunktes ist. Um so weniger als der Vierer-Pakt im Zusammenhang mit der sich vorbereitenden Abrüstungs-Gleichheit steht, die endgültige Rückkehr Deutschlands in seine Vorkriegsposition auf dem Kontinent bedeutet. Deutschland wird wieder die leitende Macht in Europa, und zwar in einem neuen Europa, das sich territorial geändert hat, das neue Staaten besitzt und sich in einem neuen Geist regiert. Diese Tatsache läßt sich nicht verheimlichen, auch nicht durch einen noch so milden und unschuldigen Text des Vierer-Paktes.“

Deutschland hat diesen Erfolg unter der nationalpolitischen Herrschaft Hitlers errungen; es ist dies eine Tatsache, die aus verschiedenen Gründen Beachtung verdient. Noch vor kurzem gäbe es in Europa gegen das Reich, noch vor kurzem wurde ihm hier und da mit einem Präventiv-Kriege gedroht. Man sprach und schrieb doch, daß Hitler, der gegen sich die Juden und die Freimaurer habe, gestürzt würde und mit ihm das ganze Reich. „Kluge“ und

Das Neueste vom Tage

**erfahren Sie durch die
„Deutsche Rundschau“**

Das Blatt berichtet schnell und zuverlässig über alle interessanten und wichtigen Geschehnisse. Besonders reichhaltig ist auch der Unterhaltungsteil ausgestattet durch die

- Romanbeilage „Der Hausfreund“
- Bilderbeilage „Illustrierte Weltschau“
- Landwirtschaftliche Beilage „Die Scholle“

Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat Juni entgegen.

Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

Gleichgewicht unseres Kontinents gestützt hat: d. h. des französisch-englischen Einvernehmens mit der Front gegen die revisionistischen Anläufe Deutschlands. An die Stelle dieser Grundlage würde eine neue Gestaltung der Verhältnisse mit dem ausdrücklichen Übergewicht der italienisch-deutschen Einflüsse treten, die ständig bestrebt sein würden, alle Mißverständnisse zwischen Paris und London zu ihren eigenen Gunsten auszuspielen. Im Kreise der vier Mächte, welche durch die Unterzeichnung des Paktes die politische Gewalt über Europa an sich reißen möchten, repräsentieren Deutschland und Italien einen engen Block mit ausdrücklichen und entschlossenen politischen Zielen, was man von der jetzigen Leitung der englischen Politik nicht sagen kann...“

„Und Frankreich? Wenn die französische Regierung in die Unterzeichnung des Paktes endgültig einwilligen wird, so müßten wir die Motive dieses Entschlusses in dem opportunistischen Wunsche erblicken, sich mit Deutschland um den Preis der Zulassung desselben zur Leitung des europäischen Konzertes zu verständigen.“

Das Blatt sagt, die Situation sei klar, — erinnert dabei ebenfalls an die sogenannte „Rosenbergische Formel“, begnügt sich aber bloß mit einem vorwurfsvollen Appell an die Freunde in Frankreich, ohne jedoch mit einer Geste in der Richtung nach Moskau zu schiefen.

Die behutsamste Sprache führt der „Kurjer Warszawski“, der einerseits gegen den Pakt alle bekannten formalen Einwände erhebt, aber auf der andern Seite betont, er glaube noch an die geheimnisvollen und doch zum Guten führenden Wege der französischen Politik.

„erfahrene“ Leute behaupteten, daß man gegen die Juden nicht regieren könne, und daß die Regierung Hitlers ein Beweis dafür sein werde, ein wie wertvoller und unerforschlicher Bundesgenosse das Judentum wäre. Indessen: trotz dieser ganzen jüdischen Agitation kehrt Deutschland gerade jetzt zu Ehren zurück. Es genügt, daß Hitler in seinen Reden den Ton änderte, ohne seine Ziele zu ändern, um das Reich von neuem in Gnaden anzunehmen und in seine Privilegien zurückkehren zu lassen. Der Abschluß des Vierer-Paktes ist ein neuer Beweis dafür, daß das Gerede von der angeblichen Unbesiegbarkeit der jüdischen Macht, der sich niemand ungekränkt widersetzen könne, zu den Begreiften gehört, und daß ein Volk, das mit den Juden kämpft und dadurch seine Unabhängigkeit erlangt, nur an Kraft, an Autorität und Bedeutung in der Welt gewinnt.“

Frankreich soll zahlen. Es will aber nicht.

Paris, 22. Mai. (P.M.) Aus Washington wird gemeldet, das Weiße Haus habe jeden Kommentar über Pressemeldungen abgelehnt, wonach die französische Regierung die Gewißheit erhalten haben will, daß Frankreich für die am 15. Juni d. J. fällige Schuldenrate kein Moratorium erhalten werde. Im Zusammenhang damit soll sich die französische Regierung entschlossen haben, weder die am 15. Dezember, noch die am 15. Juni fällige Rate zu bezahlen. Die Nachricht darüber hat in politischen Kreisen Washingtons einen großen Eindruck hervorgerufen. Präsident Roosevelt rechnet damit, daß die Schuldnerstaaten im eigensten Interesse wenigstens einen Teil ihrer Verpflichtungen regeln werden. Es sei aber bemerkt, daß nach amerikanischer Auffassung zwischen der Zahlung der Kriegsschulden und der Abrüstung ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Englische Stimmen zur Rede Paul-Boncours.

London, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Berichte über die Genfer Abrüstungs-Verhandlungen sprechen sich zum Teil recht pessimistisch aus. Die „Daily Mail“ hält es für beinahe ausgeschlossen, daß eine Vereinbarung vor der Weltwirtschafts-Konferenz zustande kommt, allerhöchstens lasse sich bis dahin ein Rahmenwerk schaffen. Die „Times“ sagen, Paul-Boncours Erklärungen hätten auf viele Vertreter wie eine kalte Dusche gewirkt. Es habe kein rechter Grund für sein Eingreifen bestanden. Die Gefahr der französischen Obstruktion gegen den englischen Plan, so erklärt die „Morningpost“, sei klar zutage getreten. Die Verantwortung für die Schwierigkeiten sei von Deutschland auf Frankreich übergegangen. Die deutschen Vertreter hätten die Lage vorteilhaft aus.

Auch die liberale „News Chronicle“ greift Frankreich ziemlich scharf an und sagt, daß allgemeine Enttäuschung herrsche, weil Paul-Boncours Rede im Grunde auf die Wiederherstellung des französischen Planes hinziele. Der sozialistische „Daily Herald“ erklärt, daß Frankreich den Abrüstungsverhandlungen einen neuen schweren Stoß zurückgeworfen habe. Der „Daily Telegraph“ erklärt in einem Leitartikel, daß England unter keinen Umständen weitere Garantien geben könne, die über die bisherigen Vorschläge und Verträge hinausgehen.

